

Regierungsratsbeschluss

vom 30. November 2010

Nr. 2010/2210

**Soziale Dienste, Integration: Schweizerische Kampagne zur Integration;
Finanzielle Beteiligung am Integrationsprojekt „Aller Anfang ist Begegnung“. Fortsetzung des Projekts.
Beitrag 2010 (1.4. bis 31.12.2010)**

1. Ausgangslage

Mit RRB Nr. 2009/2436 vom 15. Dezember 2009 hat der Regierungsrat für das Jahr 2010 für Integrationsprojekte einen Betrag von Fr. 1'250'000.-- genehmigt. Der Regierungsrat hält darin fest, die interkantonale Kampagne „Aller Anfang ist Begegnung“ sei weiterzuführen. Dafür bewilligte der Regierungsrat im Projektplan 2009 – 2012 (RRB Nr. 2009/472 vom 17. März 2009) insgesamt Fr. 220'000.-.

Im RRB Nr. 2009/1330 vom 11. August 2009 wurden die Ergebnisse der Evaluation der Sensibilisierungskampagne „Aller Anfang ist Begegnung“ von 2008 und die Konsequenzen daraus festgehalten. Im Kanton Solothurn wurde das Verteilsystem der Migrationszeitung (als Teil der Gesamtkampagne) weiter verbessert.

2. Erwägungen

2.1 Schweizweite Sensibilisierungskampagne

Der Kanton Zürich hat im 2010 eine eigene Informationskampagne gestartet. Er ist Ende 2009 per 2010 aus der interkantonalen Plakat- und Sensibilisierungskampagne „Aller Anfang ist Begegnung“ ausgestiegen, beteiligte sich aber weiterhin an der Migrationszeitung. Die in der Kampagne beteiligten Kantone haben nunmehr beschlossen, ab 2011 nur noch die Migrationszeitung herauszugeben und aus Kostengründen auf die Plakatkampagne zu verzichten. Per 2011 ist der Kanton Zürich leider auch aus dem interkantonalen Projekt Migrationszeitung ausgestiegen. Von der Wirkung her ist dies zu bedauern. So senden verschiedene Kantone unterschiedliche Botschaften bezüglich Integration aus.

Wie bereits in RRB Nr. 2009/1330 vom 11. August 2009 erwähnt, wären jedoch schweizweit klare Botschaften wünschenswert; die bereits im 2009 angelaufenen Verhandlungen mit dem Bund, die interkantonale Kampagne in eine nationale Sensibilisierungskampagne umzuwandeln, brachten noch keinen Entscheid. Dabei ist gerade auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik, zu der zur Zeit eine Umfrage der Konferenz der Kantonsregierungen läuft, eine schweizweite Kampagne als zusätzliche Massnahme sinnvoll und wirkungsvoll. Diese Forderung ergibt sich auch im Zusammenhang mit Art. 56 AuG, nach dem Bund, Kantone und Gemeinden gehalten sind, Ausländerinnen und Ausländer sowie die Gesamtbevölkerung über Fragen der Integration und Migration zu informieren sind. Die seit vielen Jahren laufenden Kampagnen des Bundes in andern

gesellschaftlichen Bereichen (AIDS, Schwarzarbeit) zeigen deutlich, dass klar geführte Kampagnen wichtig und erfolgreich sind.

Der Regierungsrat ersucht daher das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD in Zusammenarbeit mit den Kantonen, eine langfristige, bundesweite Kampagne zu lancieren. Eine solche Kampagne wäre ein Beitrag zur Versachlichung der Themen rund um Migration / Integration und damit ein Beitrag auf dem Weg zur Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik.

2.2 Weiterführung des Projektes "Migrationszeitung"

Zumindest bis eine allfällige bundesweite Kampagne anläuft, soll das interkantonale Projekt Migrationszeitung weitergeführt werden. Bis Ende 2010 läuft zusätzlich die Plakat- und Sensibilisierungskampagne (Plakate, Kinowerbung, Inserate).

2.3 Finanzen

Das Gesamtbudget für „Aller Anfang ist Begegnung“ (Beiträge aller sechs beteiligten Kantone) beträgt im 2010 Fr. 460'000.--. Die einzelnen Kantone bezahlen: AG 100'000.--, BE 100'000.--, BL 45'000.--, BS 130'000.--, SO 50'000.--, ZH 35'000.-- (ZH nur Migrationszeitung).

3. Beschluss

- 3.1 Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD wird ersucht, in Zusammenarbeit mit den Kantonen eine schweizweite Sensibilisierungskampagne zu Fragen der Integration und zum friedlichen Zusammenleben zu starten.
- 3.2 Dem Projekt "Aller Anfang ist Begegnung" wird für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 2010 der Betrag von Fr. 37'500.-- (Kostendach) zugesichert.
- 3.3 Die Projektkosten werden über das Aufwandkonto 365000/20533 ausbezahlt und belasten die Staatsrechnung nicht.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga, GS-EJPD, Taubenstrasse 16, 3003 Bern
Amt für soziale Sicherheit (3; SOD, Red, Ablage)
Aktuarin SOGEKO